

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte

## Schlüsselergebnisse von 1946 bis 1988

### Band 9

## Das Märchen von Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und historischer Wahrheit ...

Band 9/107

### Reparationen und Wiedergutmachung

Denn wo viele Güter sind, da sind viele, die sie aufessen; und was hat ihr Besitzer mehr davon als das Nachsehen?

*Prediger 5, 10*

#### Zwangsarbeiter (Teil der zugesagten Reparationen)

Die "Großen Drei" (der britische Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und der sowjetische Regierungschef Stalin) hatten sich bereits während der Konferenz von Teheran (vom 28.11. bis zum 1.12.1943) grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches geeinigt. Stalin forderte damals u.a. die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen deutsche Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).

Churchill teilte dem US-Präsidenten Roosevelt am 24. November 1944 schriftlich mit (x025/-262): >>... (Mit der "Verschickung") von 2 oder 3 Millionen Nazis (als Zwangsarbeiter bin ich einverstanden).<<

Am 16. Dezember 1944 unterschrieb Stalin schließlich die völkerrechtswidrige Weisung 7161 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und aus der Tschechoslowakei zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

Am 3. Februar 1945 unterschrieb Stalin die völkerrechtswidrige Weisung 7467 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnete damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Polen und von Reichsdeutschen aus den deutschen Ostprovinzen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR).

Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte bzw. Zwangsarbeiter (als einen Teil der zugesagten Reparationen) in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).

Aufgrund der hohen Sterblichkeitsraten stellten die Sowjets die Deportation von ost- und volksdeutschen Zivilisten schließlich im April 1945 ein. In jener Zeit gerieten Hunderttausende von deutschen Soldaten in sowjetische Kriegsgefangenschaft, so daß genügend Arbeitskräfte für die "Wiederaufbauarbeiten" in der UdSSR vorhanden waren.

Im Jahre 1948 durfte viele verschleppte reichs- und volksdeutsche Zwangsarbeiter endlich die UdSSR verlassen.

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60): 1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.

Robert H. Jackson (1892-1954, nordamerikanischer Hauptankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß), der das NS-Regime konsequent bekämpfte, kritisierte später die nordamerikanische Zustimmung zur Sklavenarbeit im Osten (x025/125): >>Was die Welt braucht, ist bestimmt nicht die Idee, die einen aus den Konzentrationslagern herauszuholen und die anderen hineinzustecken, sondern die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden. ... Das wirkliche Problem bei der Verschickung von Arbeitskräften wird sein, daß sie niemals wiederkommen. ...<<

### Reparationen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie

Im Vergleich zu den westdeutschen Besatzungszonen waren die ost- und mitteldeutschen Reparationsleistungen wesentlich höher. Transportable Güter und Ausstattungen wurden sofort als Kriegsbeute in die UdSSR transportiert. Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schufteten.

Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjetunion. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände (Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe u.a.) abtransportiert.

Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete (wie z.B. Holzfußböden, Türcargen, Fenster, Holztreppe, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen).

Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter. Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.

Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.

Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein". Die sowjetischen Plünderungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte.

Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen

war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen (im Oktober 1945) tauchten außerdem urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts weitere "Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.

#### Reparationen und Wiedergutmachung Mittel- und Westdeutschlands

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle deutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 u.a. alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" (Gernrode/Harz) und transportierten das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Maschinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

Erich Weinert (Präsident des Nationalkomitees "Freies Deutschland") berichtete am 12. Juli 1945 im Radio Moskau über den "freiwilligen Arbeitseinsatz" der Deutschen in der UdSSR (x111/47-48): >>Hunderttausende von Deutschen haben sich davon Rechenschaft gegeben, daß die Wiedergutmachung in Sachwerten in den verwüsteten Gebieten Rußlands die Priorität gegenüber dem Wiederaufbau in Deutschland haben müsse.

Diese Männer haben sich in freier Weise für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt. Sie wissen, daß sie mit dem Wiederaufbau der von ihnen zerstörten russischen Städte den Grundstein für die Wiederaufrichtung unserer nationalen Ehre legen. ...<<

Die SMAD ließ am 20. Juli 1945 mehrere hundert Glocken zum Einschmelzen in die Sowjetunion transportieren (x111/51).

Am 23. Juli 1945 bestätigten die Sowjets die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).

Die SMAD befahl am 25. Juli 1945, innerhalb von 5 Tagen folgende Wertsachen abzuliefern (x111/53): >>1. Alle Gold- und Silbermünzen und Barren, alle Platinbarren.

2. Alle ausländischen Banknoten, Münzen, Vermögensdokumente und Kostbarkeiten.

3. Alle Geldscheine, die in den früher von Deutschland besetzten Gebieten oder sonst woher ausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet worden sind und sich in beliebigen Finanzbanken und Kreditämtern oder in Besitz von Privatfirmen und Personen deutscher Staatsangehörigkeit befinden.

4. Personen, die sich der Verletzung dieses Befehls schuldig machen, werden zu strenger Verantwortung gezogen werden.<<

Die AKR-Proklamation Nr. 2. löste am 20. September 1945 alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Reiches beschlagnahmt (x111/78).

Aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 124 "Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland" wurden ab 30. Oktober 1945 mehrere zehntausend gewerbliche Unternehmen enteignet und verstaatlicht - Errichtung von SAG-Betrieben bzw. von sowjetischen Aktiengesellschaften - (x301/116): >>... Um den Raub und anderen Mißbrauch des Eigentums, das früher dem Hitlerstaat, den Militärbehörden, den

durch das sowjetische Militärkommando verboten und aufgelösten Gesellschaften, Klubs und Vereinigungen gehört hat, zu verhindern und dieses Eigentum am rationellsten für die Bedürfnisse der örtlichen Bevölkerung und der Besatzungstruppen auszunutzen, befehle ich:

1. Das Eigentum, das sich auf dem von den Truppen der Roten Armee besetzten Territorium Deutschlands befindet, als beschlagnahmt zu erklären.<<

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtete später über den SMAD-Befehl Nr. 124 (x156/28): >>Der am 30. Oktober 1945 verkündete Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration sprach die entschädigungslose Enteignung des Besitzes des Reiches und des Staates Preußen, der NSDAP, der großen und wichtigen Industrie-, Bergbau- und Handelsfirmen aus. Fast die Hälfte der Industriekapazität der sowjetischen Besatzungszone ging an die Länder bzw. Kreise und Städte über. Die Firmen wurden als "Volkseigene Betriebe" (VEB) weitergeführt, 25 % des Industriebesitzes gingen zur Verwaltung und Ausbeutung unmittelbar an die Russen über. Die Militäradministration errichtete dafür am 5. Juni 1946 "Sowjetische Aktiengesellschaften" (SAG), die zwischen 1946 und 1953 beherrschenden Einfluß auf die Wirtschaft Mitteldeutschlands hatten.

Der Befehl Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 nahm im Sinne der marxistisch-leninistischen Wirtschaftsauffassung eine Verstaatlichung fast des ganzen Industriepotentials Mitteldeutschlands vor. ...<<

In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195). Die geleisteten SBZ-Reparaturen betragen ca. 30 Milliarden Dollar (x149/143).

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Mitteldeutschlands wurde durch die z.T. völlig planlose, überhastete Demontage von Industriebetrieben, Gleis- und Versorgungsanlagen erheblich erschwert. In Mitteldeutschland wurden z.B. Tausende von Kilometern Eisenbahnschienen abgebaut, so daß die meisten Strecken nur noch eingleisig befahren werden konnten.

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Oktober 1945 (x111/91): >>Nach Frankreich 125.000 t, nach Belgien 281.000 t, in die Niederlande 144.000 t, nach Dänemark 123.000 t, nach Norwegen 80.000 t und nach Luxemburg 105.000 t.<<

Am 6. Dezember 1945 betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<

Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

Am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten übernommen (Reparaturen).

Bei der Reparationskonferenz in Paris wurde am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollen (x111/115-116):

>>Vereinigten Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,

Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,

Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,

Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,

Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,

Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,

Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,

Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,

Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,

Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.

Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet wurden).

Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestanden).<<

In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen. Bis 1947 wurden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Januar 1946 (x111/125): >>Nach Frankreich 286.000 t, nach Belgien 255.000 t, in die Niederlande 171.000 t, nach Dänemark 156.000 t, nach Norwegen 72.000 t und nach Luxemburg 122.000 t.<<

Am 15. Februar 1946 betrug die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone (x111/137): >>Nach Frankreich 260.000 t, nach Belgien 185.000 t, in die Niederlande 129.000 t, nach Dänemark 129.000 t, nach Norwegen 60.000 t und nach Luxemburg 96.000 t.<<

Durch den SMAD-Befehl 167 vom 5. Juni 1946 gingen die mitteldeutschen SAG-Betriebe "auf Grund der Reparationsansprüche der Sowjetunion" in sowjetisches Eigentum über. Infolge der Eingliederung in die Organisation der SAG wurden die wichtigsten Schlüsselindustrien im mitteldeutschen Raum sowjetischer Besitz.

Die westlichen Alliierten und die Schweizer Regierung schlossen am 23. Mai 1946 ein Abkommen über die beschlagnahmten deutschen Vermögenswerte. Das gesamte beschlagnahmte NS-Vermögen wurde aufgrund dieses Abkommens zwischen der Schweiz und den Alliierten aufgeteilt (x111/172).

Am 25. Mai 1946 stoppte die nordamerikanische Militärregierung vorübergehend sämtliche westdeutschen Reparationslieferungen an die UdSSR, weil die sowjetischen Gegenleistungen ausblieben (x101/13).

Der sowjetische Außenminister Molotow erklärte am 9. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x111/190): >>Die Sowjetregierung hält es für nötig, die Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands auf eine Dauer von 40 Jahren auszudehnen. ...

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß von Seiten Deutschlands die Reparationsforderungen in der Höhe von 10 Milliarden Dollar erfüllt werden, da dies nur einen Teil der von der Sowjetunion und ihren Völkern erlittenen Schäden darstellt.<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 9. August 1946 über die sowjetischen Reparationsforderungen (x111/202): >>Es ist schwer, sich ein genaues Bild von der Größe der russischen Forderung zu machen. Zunächst ist nicht erkennbar, ob die weitgehenden Demontagen deutscher Industrieanlagen in der russischen Zone angerechnet werden sollen. Zweifellos hat es sich hier um eine Wiedergutmachung gehandelt.

Für ihren Umfang fehlen Berechnungsunterlagen, doch wurden bis Ende Mai 1946 schon die Listen der ausgebauten Firmen im hochindustrialisierten Sachsen beispielsweise auf 60 % der ehemaligen Kapazität geschätzt, bei der Werkzeugmaschinenindustrie wurden sogar 90 % erreicht. ...<<

Ab 21. Oktober 1946 begann die sowjetische Aktion "Ossawakim". Zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Spezialisten wurden damals in die UdSSR deportiert (x116/146).

In Bremen protestierten am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die Demontagen in Deutschland (x051/111): >>Demontage, Abbau von Produktionsanlagen zur Befriedigung von Reparationsansprüchen der Siegermächte.

Pläne zur Demontage der deutschen Industrie wurden erstmals auf der 2. Quebec-Konferenz zwischen Roosevelt und Churchill erörtert (September 44); es kam schließlich zu einem Kompromiß zwischen der weichen Linie, wie sie US-Außenminister Hull vertrat, und der harten des Morgenthau-Plans.

In Jalta (Februar 45) beschlossen die Alliierten die Beseitigung der Rüstungsindustrie, internationale Kontrolle von Ruhr und Saar und eine umfangreiche Wiedergutmachung (20 Milliarden Dollar).

Im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 vereinbarten sie, ihre Forderungen in den jeweiligen Besatzungszonen einzulösen; wegen des unterschiedlichen Industrieniveaus wurden der UdSSR zudem 10 % der Demontage in den Westzonen zugebilligt. Ziel der Westmächte war die Demontage der deutschen Industrie bis zum Niveau von 1932, wofür im Level-of-Industry-Plan vom 26.3.46 die Demontage von 1.636 Betrieben vorgesehen war.

1947, mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts, wurden die Westzonen zum potentiellen Alliierten; ein "Revidierter Industriepan" setzte nun die deutsche Industriekapazität von 1936 an, was immer noch einer Demontage von 682 Betrieben entsprach und gewerkschaftliche Proteste und Demonstrationen auslöste. Die UdSSR suchte die Konstituierung eines westdeutschen Staates zu verhindern und stoppte 1948 die bis dahin rigoros durchgeführte Demontage, um für eine gesamtdeutsche Lösung zu werben, die Lieferungen aus der laufenden Produktion ihrer Zone endeten aber erst 1952.

Am 1.9.48 wurde der Demontagestopp in der US-Zone verfügt; Washington drängte nun die Verbündeten, ebenfalls alle Demontagemaßnahmen einzustellen. Mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.49 erreichte die Bundesregierung die weitgehende Einstellung der Demontage, die aber offiziell erst mit dem Deutschland-Vertrag vom 26.5.52 endete. Ihr waren im Westen etwa 8 % des Wirtschaftspotentials von 1936 zum Opfer gefallen.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in den ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) forderte am 29. November 1946 in England ein Ende der bisherigen Reparationspolitik (x111/250).

Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl würde man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtete am 9. Dezember 1946 (x124/270): >>General Clay hat gestern wieder eine Rede gehalten.

Dabei kam er auf die deutschen Patente zu sprechen, die auch in Zukunft weiter bezahlt werden müßten. Allerdings soll der Erlös nicht uns, sondern den Siegermächten zugute kommen. Die Amerikaner klagen, daß sie für die Beatzung jährlich 2.000.000.000 Dollar ausgeben müssen. Allein die Patente der IG-Farben haben mehr eingebracht. ...<<

Die australische Regierung betonte am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen beabsichtige, möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien zu holen will (x111/259).

Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" konnten die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren. Später kamen zwar zahlreiche beschlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wurde nie offiziell geregelt.

Die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtete am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen würden (x111/263).

Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Im ersten Halbjahr 1947 wurden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<

Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlichte am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe (760.995 BRT) und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM (Wert 1938). Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören u.a. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläuterten am 16. Oktober 1947 eine am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/379): >>... Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<

Die Demontageliste der britischen Zone umfaßte 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollten (x111/379).

In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisierten am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<

Am 6. November 1947 wurde die französische Demontageliste veröffentlicht. Diese Liste umfaßte 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke (davon waren 37 Werke der Rüstungsindustrie) in der französischen Zone (x111/386).

Die französische Regierung rechtfertigte am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellte fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.

Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden RM.

<b>Von 1945 bis 1947 geleistete Reparationen des Deutschen Reiches für die Schäden des Zweiten Weltkrieges (x111/408):</b>	<b>Mrd. RM</b>
a) Deutsche Auslandsguthaben	9,75
b) Volkswirtschaftlicher Wert der abgetrennten Gebiete	70,00
c) Demontagen und Besitzübertragungen	12,50
d) Zwangsexport von Holz	1,00
e) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
f) Einbuße aus öffentlichem Vermögen (Demontage von Gleisanlagen in der Ostzone, geraubte Kunstwerke u.ä.)	1,00
g) Ablieferung der deutschen Goldbestände	0,75
h) Ablieferung der See- und Binnenschiffe	0,50
1. Entnahmen aus innerdeutschem Volksvermögen	<u>100,00</u>
a) Reparationen aus laufender Warenproduktion (Entnahmen der Besatzungsmächte in der sowjetischen und der französischen Zone). Einbezogen ist weiter die Wertschöpfung der deutschen Belegschaften, der sowjetischen Aktiengesellschaften in der Ostzone sowie deren Verbrauch an im Inland erzeugten Roh- und Hilfsstoffen	5,00
b) Zwangsexport von Kohle	0,50
c) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
2. Leistungen aus laufender Produktion	<u>10,00</u>
a) Wert der deutschen Patente, Betriebsgeheimnisse usw.	12,50
b) Arbeit der Kriegsgefangenen	5,00
c) Demontagekosten	8,00
d) Verluste durch "Währungsmanipulationen"	1,75
3. Sonstige Leistungen	<u>27,25</u>
4) Vermögensverlust der aus dem Ausland ausgewiesenen Volksdeutschen	<u>40,50</u>
<b>Geleistete Reparationen bis Ende 1947</b>	<b><u>177,75</u></b>

Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichteten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren könnte.

Die US-Zeitschrift "LIFE" schrieb am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtete am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).

In den Jahren 1945-49 mußten die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM). Im gleichen

Zeitraum waren in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (ehemalige verschleppte "Fremdarbeiter) aufzubringen (x111/79-80).

Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>Wiedergutmachung

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernahm als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1 Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigte 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden wurden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/368): >>...

Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergibt nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Reparationsleistungen der SBZ:

<b>Reparationsleistungen der SBZ von 1945 bis 1953:</b>	<b>Mark (Mrd.)</b>
Verluste an Sach- und Kunstwerken durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten deutschen Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über Reparationskonten verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der Reparationslieferungen	2,85
Stopp-Preissubventionen an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe für Reparationslieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Gewinne aus SAG-Betrieben	3,55
Rückkauf der SAG-Betriebe	2,55
<b>Insgesamt</b>	<b>69,95</b>

In dieser Zusammenstellung sind 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, sind sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

Die SED-Regierung lehnte am 8. März 1973 Wiedergutmachungsforderungen Israels in jeglicher Form ab.

Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Januar 1996: >>Große Rede eines innerlich Verletzten

Israels Staatspräsident Ezer Weizmann zog im Bundestag die Zuhörer in seinen Bann

... Die 50 Jahre, die seit den Mordtaten der Nationalsozialisten vergangen sind, können nach Weizmanns Verständnis nur eine ganz kurze Zeitspanne sein. ...

In Deutschland hätten die Juden immer gelitten sagte Weizmann, der eine Linie zog von "den antisemitischen Schriften Martin Luthers bis zu den Nürnberger Gesetzen". ...

Weizmann redete als erster Staatspräsident Israels vor dem Bundestag und dem Bundesrat. Er war der erste Staatschef überhaupt, der nach der Wiedervereinigung dort sprach. ...

... (Bundestagspräsidentin) Rita Süßmuth versprach, das peinliche Thema Rentenzahlungen an deutschstämmige osteuropäische Juden rasch zu lösen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. August 1997: >>Wir haben kein neues Problem ...

Rente für osteuropäische Juden: Die Bundesregierung leugnet politischen Druck aus Amerika ...

Am Mittwoch nun ist Rabbi Singer, stellvertretender Vorsitzender der "Jewish Claims Conference", nach Bonn gekommen zu einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Diese Organisation hat schon früher Forderungen von jüdischen Opfern gegen die Bundesregierung vertreten. ...

Der Minister zählt kühl auf, daß Deutschland alles in allem bereits 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung geleistet habe, dabei auch mehr als eine Milliarde an Stiftungen in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. ... "Wir sind in finanziellen Schwierigkeiten, keine Frage." Man werde sich aber, wenn er erst das Kabinett unterrichtet habe, gewiß zu einer einvernehmlichen Lösung durchringen können. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>Es geht auch um viel Geld

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington. ...

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat (Staatssekretär im US-Außenministerium) oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Förderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellt fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe (x169/-15): >>... (Wir) können ... durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht nur etwas über "die Deutschen" oder "die Nichtjuden" erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden "lernen" wollen, so muß, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden. Zu viele öffentliche und private Mittel sind für das Gedenken an den Völkermord der Nazis eingesetzt worden. Was dabei herauskommt, ist zumeist wertlos; es ist nicht dem Leiden der Juden gewidmet, sondern dient ihrer Erhöhung.

Es ist schon seit langer Zeit überfällig, daß wir unser Herz für das Leiden der übrigen Menschheit öffnen. Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte "immer" Vergleiche an. Zweifellos muß man historische Unterschiede machen.

Doch wenn man moralisch zwischen "unseren" und den Leiden "jener" unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. "Man kann zwei Menschen im Elend nicht vergleichen", erklärte Plato, "und behaupten, der eine sei glücklicher als der andere."

Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. Dezember 1999: >>**Geklagt wird, wo was zu holen ist**

Die Anwälte der Zwangsarbeiter – raffgierige Experten der "Sammelklagenindustrie"? 8 Milliarden Mark wollen die deutsche Industrie und die Bundesregierung zur Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter der Nazi-Zeit bereitstellen. Als "schäbiges Almosen" haben amerikanische Anwälte das deutsche Angebot zurückgewiesen. Wer sind diese Anwälte, für wen sprechen sie, was treibt sie um?

Die bekanntesten heißen Michael Hausfeld, Melvyn Weiss und Ed Fagan. Sie sind nicht gut aufeinander zu sprechen. Sie sind Konkurrenten. Jeder macht für sich geltend, als erster den Holocaust und andere Nazi-Verbrechen als Rechtfertigung von Sammelklagen vor US-amerikanischen Gerichten entdeckt zu haben. Das kam der Entdeckung einer Goldader gleich,

schrrieb der Journalist David Rohde in der "New York Times". Inzwischen haben Hausfeld, Weiss und Fagan eine zügig wachsende Zahl von Nachahmern gefunden.

Sammelklagen zu erheben, im Namen einer zunächst unbekanntem Anzahl potentiell Geschädigter, gegen Unternehmen, die gut verdienen und auf ihr Image bedacht sein müssen, ist der mit Abstand profitabelste Zweig des profitablen amerikanischen Rechtswesens. Geklagt wird, wo etwas zu holen ist. Vorgestern bei Asbest, gestern bei Tabakkonzernen und schweizerischen Banken, heute bei der Waffenindustrie und deutschen Unternehmen mit dunkler Vergangenheit. ...

Sammelklagen ... können eine Form legalisierter Erpressung sein. Das Magazin "Fortune" schrieb: "Die Anwälte der Kläger sind nicht an Beweisen interessiert, sondern nur an Zahlen." Walter Olson vom "Manhattan Institut" spricht von der Existenz einer "Sammelklagenindustrie".

Deren Existenz hat dazu beigetragen, daß die Berufsgruppe der Anwälte in den USA Umfragen zufolge einen noch schlechteren Ruf hat als die der Journalisten. Noch negativer bewertet werden nur Versicherungsagenten und Autoverkäufer. ...

Die Opfer spielen in den Sammelklagen zumeist eine untergeordnete Rolle und werden selten reich. Sie werden aber gebraucht, um in Pressekonferenzen oder, sollte es zum Verfahren kommen, vor einer leicht zu beeindruckenden Laienjury ihr hartes Schicksal möglichst eindrucksvoll zu schildern. Zur Vorbereitung heuern geschickte Anwälte erfahrene PR-Berater und Schauspieler an. ...

Die Anwälte arbeiten auf der Basis einer Gewinnbeteiligung. Üblich sind rund 20 bis 40 %. ... Anwälte finanzierten auch jene großformatigen Anzeigen, die im Namen renommierter jüdisch-amerikanischer Organisationen pünktlich zum Zeitpunkt der vorletzten Verhandlungsrunde in der "New York Times" erschienen. Sie prangerten BASF, Bayer, BMW, VW und andere an, an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern "Billionen" verdient zu haben und ihre Opfer jetzt, und nur unter dem Druck der Klagen, "mit Pennys" abspesen zu wollen. In der deutschen Öffentlichkeit wurden diese Anzeigen stark beachtet. Fagan und Co. beherrschten die Klaviatur der Public Relations.

... Konkurrenten behaupten, Fagan habe seine Mandanten Verträge unterschreiben lassen, denen zufolge ihm 25 Prozent der ausgehandelten Entschädigungssumme zustünden.

Weiss und Hausfeld haben gegenüber Journalisten mehrfach behauptet, in diesem Fall auf Honorare zu verzichten. Bei anderen Gelegenheiten sprachen sie von "zwei bis drei" oder fünf Prozent. Zwei Prozent von den angebotenen acht Milliarden Mark wären 160 Millionen Mark. Fagan rät, Anwälten nicht zu glauben, die behaupten, umsonst tätig zu werden. Er kenne seine Kollegen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. Dezember 1999: >>**Schröder und Clinton einig über Entschädigung**

... Clinton lobte Schröders Einsatz und dankte den deutschen Unternehmen. Clinton sagte im Weißen Haus:

"Dies war für die deutsche Regierung kein leichter Schritt, aber er bekräftigt, daß sie sich der menschlichen Würde verpflichtet sieht." ...

Clinton sagte zu, alles in seiner Macht Stehende zu tun, damit deutsche Unternehmen in den USA Rechtssicherheit hätten.

Die Verständigung auf nun 10 Milliarden Mark soll ... am Freitag in Berlin verkündet werden. Die Bundesregierung will ihren zugesagten Beitrag von 3 Milliarden Mark erhöhen - im Gespräch sind weitere 2 Milliarden Mark. Die deutsche Wirtschaft beteiligt sich mit 5 Milliarden Mark. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtete am 13. Januar 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**E-**

## **legant verschleiert**

### **Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.**

Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?

Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".

Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.

Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.

Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.

Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.

Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.

Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.

Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?

Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.

Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.

Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.

Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.

Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden. Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.

Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Januar 2001 (x887/...): >>**Objekte kriegerischer Begierde**

Westalliierte verletzen auch Haager Landkriegsordnung (Teil I)

Erst nach dem Sieg über den Gegner wird deutlich, warum Krieg geführt wurde

Wenn in Deutschland von Kunstraub und Beutekunst die Rede ist, spät genug kam dieses Thema auf's Tapet, war es noch jahrzehntelang von der politischen Klasse mit einem Tabu belegt - Dann klingt das Signalglocklein: UdSSR; staatlich organisierter Kunstraub durch Trophäenbrigaden; Hunderte, ja Tausende von deutschen Gemälden, Zeichnungen, Kupferstichen, Museumobjekten, Archivalien, Akten in russischen Kellern, meist unsachgemäß gelagert, dem Verfall preisgegeben, aber auch Nachlässe deutscher Dichter von Polen geraubt, historische Dokumente, deutsche Kunstwerke in Krakau.

Alles das hatten sich die damalige Sowjetunion und die Volksrepublik Polen völkerrechtswidrig angeeignet. Sie geben es bis heute nicht heraus, obgleich sie sich nach der Wende vertraglich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet hatten.

Nachdem sich die sowjetischen Archive auch zum Thema des Raubes deutscher Kulturgüter geöffnet hatten, ist es möglich zu erforschen, was sich im jetzigen Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der UdSSR an verschleppten deutschen Kunstwerken, Museumsgut, Bibliotheksbeständen usw. befindet.

Obwohl in Deutschland die vollständigen Protokolle aller während des Krieges vorgenommenen Auslagerungen von Kunstwerken und anderem Kulturgut - sei es in Kalkbergwerke und Schlösser, sei es in schlesische Klöster oder in Safes der Reichsbank - fehlen, kann man aus Teilunterlagen, bruchstückhaften Aufstellungen und Aussagen von Zeitzeugen allmählich einen Eindruck gewinnen, welches Kulturgut Deutschland im Rahmen der Kriegshandlungen und nach dem Krieg durch das Eingreifen der Siegermächte verloren hat. Wir wissen weitgehend, was in den Ländern des Ostblocks liegt, was zurückgegeben wurde an die deutschen Museen und was bei Kampfhandlungen vernichtet wurde. In diesem Zusammenhang geht es um eine vierte Kategorie: Was wurde weder in den Osten verschleppt noch im Kriege vernichtet? Was ist einfach verschwunden?

Dabei könnte es geschehen, daß die USA von ihrem bisherigen Freispruch in Sachen Kunstraub abrücken müssen.

Bisher glaubte man, nur die Sowjetunion und Polen hätten systematisch und von Staats wegen deutsche Kulturgüter geraubt. Die US-Amerikaner, die Briten und die Franzosen hingegen

haben sich zurückgehalten. Zwar haben, was allgemein bekannt ist, einzelne Soldaten und Offiziere, ja, sogar nicht wenige Generäle der amerikanischen, britischen und französischen Truppen in Deutschland Kunstgegenstände und andere Preziosen gestohlen, doch galt und gilt solche Handlung als Diebstahl und wird auch geahndet, wenn man den Tätern auf die Spur kommt.

Sollte die Entlastung der westlichen Siegerstaaten ein Märchen gewesen sein? Sollten die Amerikaner und mit ihnen andere Staaten Europas in Wahrheit bis heute streng getarnte Raubzüge unternommen haben, um deutsche Kulturgüter als Reparationsleistungen zu konfiszieren, was nach internationalem Völkerrecht strikt verboten ist?

In Deutschland findet man darüber kaum Veröffentlichungen. Da weht der Zufall die britische Fachzeitschrift "International Journal of Cultural Property" mit der Nummer 2/1998 auf den Schreibtisch, und man findet darin einen ausführlich und wohldokumentierten Beitrag des Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, Dr. Klaus Goldmann, aus dessen Feder schon manches Buch und mancher Sachkundige Aufsatz über Kunstraub stammt, unter dem Titel "The Treasure of the Berlin State Museums and its Allied Capture: Remarks and Questions".

Darin meldet der renommierte Wissenschaftler begründete Zweifel an der Behauptung an, daß Tausende von hochrangigen Ausstellungsstücken der Berliner Museen und Hunderte von Kunstwerken Berliner Galerien tatsächlich den Kriegereignissen zum Opfer gefallen sind. Er meint, zahlreiche Indizien dafür zu haben, daß sie sich "in der westlichen Hemisphäre" befinden, wie er sich zurückhaltend ausdrückt.

In den letzten Kriegstagen wurden die Kunstgegenstände und die Museumsobjekte der staatlichen Museen Berlin - so war bisher die allgemeine Meinung - in das Kalibergwerk Merkers im südlichen Thüringen in Sicherheit gebracht, um sie vor der Zerstörung zu bewahren oder sie nicht den Bolschewisten in die Hände fallen zu lassen. In dem gleichen Abbaugelände des Kalibergwerkes lagerten die Bestände der Deutschen Reichsbank, u.a. eine große Anzahl von Goldbarren und Devisen. Die amerikanische 3. Armee unter General Georgs S. Patton besetzte am 4. April 1945 das Gebiet Merkers und sicherten sofort die Bestände der Deutschen Reichsbank samt den Sicherheitsdepots mit Kunstwerken und anderem Kulturgut.

Die Kunstwerke fielen in den Kompetenzbereich des amerikanischen Kunstschatzes (US-Monuments, Fine Arts & Archives Branch MFA & A), während das Gold und die Devisen in den Verfügungsbereich des US-Finanz-Ministeriums gehörten.

Bevor das Gebiet der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben wurde, transportierten die Amerikaner in Blitzesschnelle alle gefundenen Kunstwerke, Goldbestände usw. nach Frankfurt am Main und Marburg, so daß die sowjetischen Kunstraubkommandos unter Oberst Belokopitow nur noch leere Schatzkammern vorfanden. In Marburg und Frankfurt wurden die aufgespürten Kunstwerke usw. registriert und in den Nachkriegsjahren nach und nach den Berliner Museen zurückgegeben.

Aber neben dem Kunstdepot in Merkers muß es noch weitere Auslagerungsorte gegeben haben, in die unter der Verantwortung der Deutschen Reichsbank in den letzten Kriegswochen Transporte von Museumsstücken und Kunstwerken gegangen waren. Darüber fehlen wichtige Unterlagen, so daß man nur kombinieren kann. Vermutlich war dieser zweite Bergungsort das Kalibergwerk Berterode, in das bedeutende Kunstwerke aus Berlin gebracht worden waren. Dorthin hatte man auch rechtzeitig die Sarkophage des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. und seines Sohnes Friedrich des Großen transportiert sowie des Reichspräsidenten und Feldmarschalls Paul von Hindenburg.

Es ist davon auszugehen, daß dorthin auch Teile der Objekte aus den Berliner staatlichen Museen gelangt waren. Die Amerikaner bargen schleunigst sowohl die Säрге als auch alles sonstige, was sie fanden und brachten es in den "Westen". Kurz bevor die sowjetische Armee das

Gebiet übernahm, ereignete sich bedauerlicherweise in dem Kalibergwerk Berterode eine schwere Explosion, die die Stollen verschüttete, so daß die Sowjets dort nichts mehr finden konnten und in Zukunft davon ausgingen, daß bei der Explosion wichtige Kulturwerke vernichtet worden waren.

Rätselhaft ist der angeordnete Transport von wichtigen Teilen der Berliner Museumsobjekte mit Hilfe von Binnenschiffen in den "Westen". Zwar wurden die Schiffe bis an den Rand mit Museumsgut beladen, sie legten in Berlin auch ab, doch mußten sie in Potsdam anlegen, weil der Treibstoff verbraucht und keiner mehr aufzutreiben war. Die Ladung wurde von der Luftwaffe beaufsichtigt und in bewachte Züge gebracht und in Richtung Magdeburg geleitet. Dort wurden sie wieder umgeladen. Auch dieser Zug stand unter dem Kommando der Luftwaffe. Und von da an verliert sich ihre Spur. Goldmann schließt es nicht aus, daß sie auf Görings Schloß Veldenstein bei Nürnberg gelangten und dort in die Hände der Amerikaner gerieten. Was dann geschah, ist in Deutschland offenbar unbekannt.

Ebenfalls rätselhaft ist der Verbleib eines großen Transportes zahlreicher Kisten aus dem Reichskulturministerium. Sicher ist nur, daß LKW's mit den Kisten beladen wurden, um sie vor den Sowjets in Sicherheit zu bringen und daß die LKW's sich nach "Westen" in Marsch setzten. Goldmann schließt nicht aus, daß in diesen Kisten auch die kompletten Unterlagen über die Auslagerung der Kunstwerke, Archivalien, wichtige Bibliotheken usw. enthalten waren, die - jedenfalls befinden sie sich nicht im Machtbereich der ehemaligen Sowjetunion - vermutlich jetzt ebenfalls "in der westlichen Hemisphäre" zu suchen sind.

Ein staatliches Museum in Berlin nach dem anderen listet Goldmann auf und entdeckt dabei Erstaunliches: Die Antiken-Sammlung, die über eine weltberühmte Sammlung antiken Glases, bestehend aus 2.800 Stücken, verfügte, deren Wert 1962 auf 22,4 Millionen DM geschätzt wurde, soll angeblich diese Sammlung eingebüßt haben bei einer Explosion im Berliner Flak-Bunker, die sich nach der Eroberung durch die Sowjets ereignet hatte. Dafür gibt es aber keinerlei Anzeichen.

Die Sowjets, die die Trümmer im Flak-Turm durchsuchten, fanden keine Spur von einer zerstörten Sammlung antiken Glases. Goldmann geht davon aus, daß die Sammlung überlebt hat und sich irgendwo im Westen befindet. Zur Antiken-Sammlung gehörte auch eine außerordentlich umfangreiche Sammlung von Gold und Juwelen aus der Zeit der Antike. Sie war ins Kunstschatz-Depot Grasleben ausgelagert worden. Dort fiel sie den britischen Besatzungstruppen in die Hände, die sie in ihr Kunstsammellager Schloß Celle brachten. Als die Kisten der Sammlung 1947 geöffnet wurden, fehlten 162 Teile aus Gold. Sie wurden bisher auf dem internationalen Kunstmarkt nicht angeboten.

Zu den verschwundenen Gegenständen gehört auch aus dem "Hildesheimer Silberfund", einem kompletten Silbergeschirr aus der Zeit des Kaisers Augustus, das auf deutschem Boden gefunden wurde, das größte und wichtigste Teil, eine kunstvoll gearbeitete Silberschüssel, die unter dem Namen "Der Krater" bekannt ist. Die westlichen Besatzungsmächte behaupten, die Sowjets hätten sie geraubt, während Dokumente besagen, die Silberschüssel "Der Krater" sei in die Kaligrube nach Merkers in Sicherheit gebracht worden, in jenes Depot, das von der amerikanischen Armee besetzt und geräumt worden ist. In diesem Falle müßte man wohl in den USA nach ihr fahnden.

Aus der Gemäldegalerie fehlen 434 Bilder, die die Entwicklung der europäischen Malerei vom 13. bis ins 18. Jahrhundert darstellen. Sie sollen angeblich im Flak-Bunker verbrannt sein. Daran zweifelt Dr. Goldmann. Nach seinen Forschungen haben sie sich nie im Bunker befunden, sondern sind mit einem Zug unter Bewachung der Wehrmacht im März 1945 in den Westen transportiert worden. Aus der Gemäldegalerie fehlen weiter neun Gobelins, in Brüssel nach Entwürfen von Raphael gefertigt, die als Kostbarkeiten in den Westen in Sicherheit gebracht wurden.

Im Schloßmuseum, dem Museum für angewandte Kunst, werden viele Objekte vermißt. Das Museum zeigte angewandte Kunst vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. So fehlt ein elfenbeinerner Elefant, in Silber gefaßt, eines der wichtigsten Teile des "Lüneburger Ratssilbers". Alle anderen Teile des Schatzes wurden von den Amerikanern zurückgegeben. Der Elefant blieb vermißt. Weiter wird das Kreuz aus der Baseler Kathedrale vermißt, ein Kunstwerk von überragender Bedeutung.

288 Werke von welthistorischer Bedeutung aus Indien und aus Südostasien, die im Berliner Museum für indische Kunst gezeigt wurden, fehlen, unter ihnen 60 der schönsten steinernen Skulpturen der indischen Kultur sowie 1950 Objekte der weltberühmten "Turfan-Sammlung". Auch sie sind westwärts geschafft worden, um sie zu sichern. Das Museum für ostasiatische Kunst, dessen Sammlungen Weltgeltung hatte, verfügt nur noch über zehn Prozent seines Bestandes. Sein Direktor betrieb in allen anderen staatlichen Museen Berlins mit größtem Nachdruck die rechtzeitige Verlagerung in den Westen. So geht Goldmann davon aus, daß er selbstverständlich auch die Objekte seines Museums nach Westen hat bringen lassen. Wo sind sie geblieben? Die meisten der aus dem Museum für Völkerkunde vermißten Objekte gehören zu den wertvollsten Zeugnissen der frühen Geschichte Amerikas.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 20. Januar 2001 (x887/...): >>Über Amerikaner spricht man nicht

Auch Westalliierte verletzten Haager Landkriegsordnung (Teil II)

Von den 3.500 archäologischen Fundstücken aus dem Museum für Vor- und Frühgeschichte, unersetzliche Dokumente der europäischen Geschichte, fanden die Sowjets in Kisten 1.500 im Flak-Turm, darunter der "Schatz von Troja", den Schliemann gefunden hatte und der heute in Rußland als "Beute" auf seine Rückkehr nach Deutschland wartet. Wo sind die übrigen 2.000 Objekte?

Die Skulpturen-Galerie vermittelt einen Überblick über die Bildhauerkunst vom 9. bis zum 19. Jahrhundert. Ein Teil davon ist tatsächlich, da nachweislich im Flak-Bunker, verbrannt, ein Teil wurde von der Sowjetunion an die DDR zurückgegeben. Die wichtigsten Skulpturen aber fehlen.

Die von Klaus Goldmann, Oberkustos am Museum für Vor- und Frühgeschichte der Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz in Berlin, angeführten Verluste sind nur einige Beispiele aus der riesigen Anzahl von vermißten deutschen Kulturgütern. Die deutschen Museumsdirektoren haben sich bisher damit begnügt zu erklären, diese Objekte seien dem Krieg zum Opfer gefallen, wobei manche durchaus wissen dürften, daß das keineswegs für alle verschwundenen Stücke gilt.

Man weiß sehr wohl in Fachkreisen, in welchem Land man nach ihnen suchen müßte. Nur gilt es als politisch unkorrekt, gegenüber unseren Freunden in den USA solche Feststellungen öffentlich zu treffen. Die Reaktionen sind also ähnlich wie in der Zeit vor der Wende in der DDR, als es auch niemand wagen konnte, öffentlich zu erklären, welche immensen Kunstschätze von der UdSSR in Deutschland geraubt worden sind.

Während in der DDR tatsächlich ein Enthüller Leib und Leben, mindestens aber seine Existenz riskiert hätte, wäre ein altbundesrepublikanischer Museumsfachmann, der auf die USA als wahrscheinlichen Kunsträuber hinweist, zwar einem politischen Druck ausgesetzt, doch brauchte er nicht zu befürchten, seine berufliche Position zu verlieren oder Schlimmeres zu gewärtigen. Trotzdem hält man lieber den Mund. Und eine Arbeit wie die hier referierte des Dr. Goldmann muß im Ausland erscheinen!

Goldmann kommt zu einer hochinteressanten, wenn auch gewagten Schlußfolgerung, wenn er das Verschwinden wichtigster deutscher Kulturgüter in einen größeren Rahmen stellt. Er berichtet, daß nach Ende des deutsch-polnischen Krieges die in London residierende polnische Exilregierung eine Liste jener polnischen Kulturgüter aufgestellt hatte, die während des Krie-

ges beschädigt oder zerstört wurden. Sie beabsichtigte, nach dem Krieg dafür von Deutschland Wiedergutmachung zu verlangen.

1941 begab sich einer der polnischen Kunstexperten, Dr. Charles Estreicher, in die USA, um dort mit Kollegen vom Metropolitan Museum of Art in New York über dieses Thema zu sprechen. Es war sein Ziel, Unterstützung in den USA für die polnischen Pläne zu finden. Die Exil-Polen hatten eine Liste aufgestellt, die nach der deutschen Niederlage zum Zuge kommen sollte. Auf ihr waren detailliert jene deutschen Kunstwerke und Museumsobjekte aufgeführt, auf die die Polen als Wiedergutmachung für Verluste im Krieg Anspruch erhoben. Beispielsweise standen darauf wichtigste Gemälde aus den Staatlichen Museen Berlin und aus dem Dresdner Staatmuseum, so aus dem Kaiser-Friedrich-Museum alle Objekte der bedeutenden deutschen Maler, aus der Skulpturen-Galerie alle Bronzen und Skulpturen deutscher Schule, große Teile des Ägyptischen und des Antiken-Museums, die berühmten Wandteppiche, hergestellt nach den Entwürfen von Raphael, Kunstwerke aus dem Schloß-Museum usw.

Estreicher fand rasch in Amerika Unterstützung auch aus politischen Kreisen für die Pläne, daß Polen sich nach dem Kriege deutscher Kunstwerke bemächtigen sollte. Präsident Roosevelt griff das Projekt auf, eine "American Commission for the Protection and Salvage of Artistic and Historic Monuments in Europe" zu gründen, eine "Amerikanische Kommission für den Schutz und die Rettung von künstlerischen und historischen Monumenten in Europa". Sie wurde bekannt unter dem Namen "Roberts Commission". Von vorn herein war vorgesehen, daß sie mit Großbritannien und der Sowjetunion zusammenarbeiten sollte, um die Wünsche der Sieger nach der deutschen Niederlage durchzusetzen, sich Wiedergutmachung zu sichern, indem man deutsche Kunstwerke usw. beschlagnahmt. Ein Verfahren, das als "Restitution in Kind" deklariert wird und eklatant gegen geltendes Völkerrecht verstößt.

In seiner Eröffnungsrede am 8. Februar 1946 vor dem internationalen Militärtribunal von Nürnberg sagte der sowjetische Hauptankläger, daß nach Artikel 56 der Haager Landkriegsordnung von 1907 "jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung ... von Werken der Kunst und Wissenschaft" verboten sei und "geahndet werden" solle. Allerdings beschuldigte er zusammen mit seinem alliierten Kollegen nur Deutschland der Verstöße gegen diese Vorschrift. Zur selben Zeit raubten, wie jetzt bekannt geworden ist, nicht nur Stalins Armeen systematisch deutsche "Werke der Kunst und Wissenschaft".

Als im Mai 1945 die deutschen Streitkräfte kapitulierten, begann eine lebhafte Diskussion vor allem in den Vereinigten Staaten, ob man tatsächlich auf das Eigentum von Museen und von Privatleuten zum Zwecke der Reparationen zurückgreifen sollte.

Am 6.11.1945 traf in Verfolgung des Planes, Kunstwerke als Reparationsgüter zu beschlagnahmen, aus Washington beim Direktor der amerikanischen Sammelstelle für deutsche Kunstwerke und Wissenschaft in Wiesbaden, Capt. Walter Ings Farmer, der Befehl ein, unverzüglich 202 alte Meisterwerke aus dem Berliner Kaiser-Friedrich-Museum zusammenzupacken und in die USA zu schaffen, um sie "sicherzustellen".

Diese Gemälde gelangten tatsächlich in die USA, zunächst mit der klaren Zweckbestimmung, daß die USA sie sich aneignen wollten. Als das in der Öffentlichkeit bekannt wurde, behauptete man, es handele sich bei den Gemälden um "Nazi-Raubgut". Da aber wandten sich die meisten der in Europa eingesetzten amerikanischen Kunstschutzoffiziere in einem offenen Brief an die amerikanische Regierung, sich nicht des völkerrechtswidrigen Kunstraubes schuldig zu machen. Ihnen schlossen sich US-Politiker an, so daß unter dem Druck der öffentlichen Meinung in den USA einige Jahre später alle Gemälde an Deutschland zurückgegeben wurden, nachdem sie in mehreren Städten in den Vereinigten Staaten ausgestellt worden waren.

Während des Krieges wie auch in den ersten Jahren nach Kriegsschluß beteiligten sich alle Siegermächte ernsthaft an den Verhandlungen über die Frage, ob man Kunstwerke und andere

wertvolle Objekte der Kultur den Deutschen wegnehmen sollte als Kompensation für eigene Kriegsverluste an Kulturgütern, (wobei sich die Frage aufdrängt, für welche Verluste die USA sich "entschädigen" wollten). Das Thema blieb auf der Tagesordnung des Alliierten Kontrollrates in Deutschland. Allerdings kam es zu keiner Einigung der Alliierten über die Art und Weise, wie diese Politik durchgesetzt und umgesetzt werden sollte.

Goldmann schließt seinen umfangreichen, in englischer Sprache gehaltenen Beitrag in einer britischen Fachzeitschrift mit den Sätzen (deutsche Übersetzung): "Alles in allem erscheint es dem Autor dieses Aufsatzes außerordentlich bemerkenswert, daß die meisten dieser 'kulturellen Ziele' (gemeint sind die Kunstwerke, die als geplante Beute der Sieger auf den Restitutionslisten standen, d. Verf.) die schon vor Abschluß des Krieges von allen Seiten auf Listen erfaßt worden waren, sofort in verschiedenen Kanälen verschwanden. Diese verschiedenen Wiedergutmachungskanäle (Restitution Pools) sind geheim geblieben bis heute. Das bemerkenswerte Verschwinden und das Schicksal dieser in den meisten Fällen ebenso einmaligen wie kostbaren Werke ist ein Mysterium. Wer aber hält den Schlüssel zu den Schatzkammern in der Hand, die am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg bis unter das Dach gefüllt worden sind?"

Goldmann läßt durchblicken, daß die von ihm gefundenen Dokumente, daß Zeitungsberichte und daß Zeugenaussagen den begründeten Schluß zulassen, daß sofort nach dem Kriege US-Sondereinheiten die im Deutschen Reich vorhanden gewesenen kompletten Verzeichnisse der ausgelagerten Kunstwerke manipuliert haben. Dabei konnten sie der Hilfe von Direktorialbeamten der Berliner Museen sicher sein; gemeinsam veränderte man Bestandslisten, um zu verhindern, daß mit Hilfe der Unterlagen die Sowjets sich der Kunstwerke usw. bemächtigten. Dabei dachten die Berliner Verantwortlichen, daß die Kunstwerke in amerikanischer Hand sicher wären.

Als sie jedoch nach Übernahme durch die amerikanischen Truppen verschwanden, erklärten die amerikanischen Stellen, sie seien verbrannt oder zerstört. Dazu Goldmann: "Damit aber waren die Objekte tot, und forthin suchte niemand mehr, auch nicht in amerikanischen Museenmagazinen, wo sie erst nach hundert Jahren von 1945 an gerechnet gezeigt werden dürfen."

1985 brachte das Fernseh-Magazin "Report" einen Bericht über nach dem Krieg illegal in die USA verbrachten deutschen Kunstschatze. Reporter hatten einige der angeblich am Kriegsende vernichteten Kunstwerke in amerikanischen Museen aufgefunden gemacht. Im Bundestag stellte daraufhin die SPD-Abgeordnete Konstanze Wegner die Frage an die damalige Bundesregierung, welche Bemühungen sie unternommen habe, um diese auf völkerrechtswidrige Weise in die USA gelangten Kunstwerke nach Deutschland zurückzuholen.

Der Staatsminister Hoyer antwortete ausweichend und behauptete, die Fernsehsendung sei "einseitig, verkürzt und lückenhaft" gewesen. Er vertrat die Ansicht, die US-Regierung habe zu keinem Zeitpunkt "völkerrechtswidrige Beutepolitik" in Deutschland verfolgt. Goldmann kommentiert: "Diese Feststellung scheint nach den hier dargestellten Zusammenhängen nicht den tatsächlichen Gegebenheiten zu entsprechen."

Es dürfte an der Zeit sein, die Bundesregierung zu fragen, was sie zu unternehmen gedenkt, um die völkerrechtswidrig auch in die USA gelangten deutschen Kulturgüter zurückzubekommen.<<

### **Bilanzierung und Bewertung der Reparationen und Wiedergutmachung**

Churchill, Roosevelt und Stalin trafen sich vom 4. bis zum 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz". In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR). Bei dieser Konferenz vereinbarten "Die Großen Drei", daß die Sowjets deutsche Arbeitskräfte

bzw. Zwangsarbeiter (als einen Teil der zugesagten Reparationen) in die Sowjetunion "schaffen" könnten (x010/19).

Die Zwangsverschleppung der deutschen Zivilisten geriet schon bald in Vergessenheit. In der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Öffentlichkeit wurde jahrzehntelang nicht über diese völkerrechtswidrige Versklavung der ost- und volksdeutschen Zivilisten berichtet.

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes) ermittelte zum "Themenkomplex Verschleppung" für die Vertreibungsgebiete in Ost-Mitteleuropa (ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete) folgende Zahlen (x037/60):

1.660.000 Reichs- und Volksdeutsche (613.000 Frauen, 796.000 Männer und 251.000 Kinder) wurden damals in sowjetische Deportationslager verschleppt. Während der sowjetischen Verschleppungsaktion kamen etwa 580.000 Deutsche (226.000 Frauen, 258.000 Männer und 96.000 Kinder) um.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E-102E): >>... Abgesehen von geringfügigen Aufräumungsarbeiten traf die sowjetische Militärverwaltung kaum irgendwelche Maßnahmen zum Wiederaufbau oder zur Inangsetzung der Betriebe.

Vielmehr wurde die deutsche Bevölkerung in den Städten mit dem systematischen Abbau allen wertvollen Inventars beschäftigt. Nicht genug damit, daß sämtliche Radio- und Photoapparate, alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Klaviere abgeliefert werden mußten, auch die Maschinen und Apparate aus den Fabriken, Versorgungsbetrieben und Wohnstätten, öffentliche Verkehrseinrichtungen, elektrische Anlagen sowie Inventar aus Schulen, Rathäusern, Hotels, Krankenhäusern u.a. wurden abgebaut und nach Rußland verladen. -

Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts destoweniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war.

Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -Offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. - Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont.

Hier ist es nur zum Abbau einzelner Anlagen und Maschinen gekommen, im ganzen jedoch scheint die polnische Provisorische Regierung, die schon im Frühjahr 1945 die Zivilverwaltung in Oberschlesien übernommen hatte, durch ihren Einfluß oder durch Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht erreicht zu haben, daß die Demontagen auf ein Maß beschränkt blieben, das die Produktionsfähigkeit des oberschlesischen Industriegebietes nicht in Frage gestellt hat.

Die Folge der umfangreichen Demontagen und Zerstörungen war, daß selbst die dringend notwendigen Versorgungsbetriebe stillgelegt wurden. Die sowjetische Reparationsentnahme blieb indessen nicht auf die Städte und Industrieanlagen beschränkt, auch die Landwirtschaft wurde von ihr aufs stärkste betroffen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch zahlloses Vieh wurde nach Osten weggeschafft. Schon beim Einzug der Sowjettruppen wurden für militärische Zwecke Tausende von Pferden requiriert; später erschienen immer neue sowjetische Kommandos auf den Höfen der deutschen Bauern, um auch die Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe, ja selbst das Geflügel zu beschlagnahmen.

Alle Ostdeutschen, die die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in ihrer Heimat erlebten, kennen aus eigener Anschauung die riesigen Viehherden, die im Frühjahr und Sommer 1945 nach Osten geleitet wurden, oder wurden auf Befehl der Russen selbst zum Viehtreiben beordert und mußten es mit ansehen, wie wertvolles Nutz- und Zuchtvieh auf dem Wege nach dem Osten verendete.

Durch diese sowjetischen Maßnahmen wurde die landwirtschaftliche Kapazität der deutschen Ostgebiete auch für die nun eindringenden Polen entscheidend geschwächt. Wo einst eine sehr rationell arbeitende Landwirtschaft betrieben wurde, mußte man jetzt, sofern das Land überhaupt noch bebaut werden konnte, zu primitivsten Wirtschaftsmethoden und hunderterlei Notbehelfen greifen.

Eine gewisse Ausnahme bildeten während des allgemeinen Niedergangs der Landwirtschaft lediglich die großen Güter. Im Gegensatz zu den kleinen Bauernhöfen, um deren Bewirtschaftung sich die sowjetische Militärverwaltung in der Regel wenig kümmerte, so daß sie nach Entnahme des Viehs und der Maschinen ausgeraubt und in ruiniertem Zustand ihren Besitzern überlassen oder leer und verlassen dem Verfall preisgegeben blieben, ist ein großer Teil der Rittergüter und Domänen von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt und unter Aufsicht sowjetischer Militärkommandos in Betrieb genommen worden.

Während der größte Teil der Äcker infolge des Mangels an Arbeitskräften, Maschinen und Vieh brach lag, wurden auf den von der Roten Armee in Besitz genommenen Gütern die deutschen Landbewohner aus der Umgebung versammelt, auch Vieh und nötiges Inventar zur Wiederaufnahme der Bewirtschaftung zusammengebracht.

Ein erheblicher Teil der deutschen Landbevölkerung arbeitete bis zur Beendigung der Ernte- und Drescharbeiten im Herbst 1945 auf diesen in russische Militärkolchosen umgewandelten Gütern. Selbst aus den Städten wurden Deutsche zusammengeholt und nicht wenige gingen auch freiwillig dorthin, um für ihre Arbeit Lebensmittel zu erhalten.

Manche der sowjetischen Militärkolchosen blieben noch in russischer Hand, als sonst bereits überall die polnische Verwaltung eingerichtet worden war. Einzelne, besonders in Niederschlesien, waren wirtschaftlich leidlich geordnet; in einigen hatten sogar deutsche Verwalter die Leitung. Sehr viele dieser Güter waren aber nur in Betrieb genommen worden, um das Getreide, das im Sommer 1945 auf den Feldern stand, zu ernten und für die Versorgung der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, verlor die sowjetische Militärverwaltung das Interesse an ihnen, trieb auch hier das Vieh ab und verlud die Maschinen nach Rußland. Es kam sogar vor, daß die russischen Erntekommandos vor ihrem Abzug die Einrichtungen der Gutshöfe mutwillig zerstörten, um den Polen nichts zu überlassen.

Für eine große Anzahl von Deutschen brachte die Beschäftigung auf den sowjetischen Kolchoswirtschaften wenigstens den Vorteil, daß ihnen eine, wenn auch noch so armselige Existenzgrundlage gegeben war. Nicht immer reichte auch hier die ausgegebene Verpflegung aus, um den Hunger der schwer Arbeitenden zu stillen; aber viele hatten wenigstens Gelegenheit, sich während der Ernte heimlich das Nötigste an Nahrungsmitteln zu verschaffen. ...<<

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden alle mittel- und westdeutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldete am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen sollte (x043/-31): >>**Zertrümmerung des deutschen Industriestaates**

Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.

Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrie- einrichtungen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstel- lung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlag- nahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Indu- strieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Vor der Räumung bzw. Übergabe Mitteldeutschlands beschlagnahmten die Nordamerikaner am 30. Juni 1945 u.a. alle Konstruktionspläne der "Junkers-Flugzeugwerke" (Gernrode/Harz) und transportierten das Fachpersonal in den Westen (x111/42).

Die Sowjets transportierten vom 2. Mai bis zum 1. Juli 1945 rund 85 % aller unbeschädigten Fabrikeinrichtungen aus dem späteren nordamerikanischen Sektor Berlins und 23.647 Ma- schinen aus dem britischen Sektor Berlins in die Sowjetunion (x111/42).

Am 23. Juli 1945 bestätigten die Sowjets die Beschlagnahmung aller deutschen Bankguthaben sowie die Schließung der Banken in Berlin und der SBZ (x009/506).

Die AKR-Proklamation Nr. 2. löste am 20. September 1945 alle deutschen Botschaften und Konsulate im Ausland auf. Das Deutsche Reich mußte sämtliche Besatzungskosten der alliierten Streitkräfte übernehmen. Ferner wurden alle Gold- und Silberbestände des Deutschen Rei- ches beschlagnahmt (x111/78).

In der sowjetischen Besatzungszone demontierten die sowjetischen Besatzer etwa 50 % der industriellen Einrichtungen und wandelten 25 % der mitteldeutschen Industriebetriebe in so- wjetische Aktiengesellschaften um, deren Gewinne bis zur Rückgabe an die DDR im Jahre 1953 an die UdSSR abgeführt werden mußten (x128/195). Die geleisteten SBZ-Reparationen betrugen ca. 30 Milliarden Dollar (x149/143).

Nach den Nordamerikanern und Sowjets forderten auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzuset- zen (x111/115).

Am 22. Dezember 1945 beschlagnahmte die britische Militärregierung alle deutschen Koh- lenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verließen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und wurden von den Alliierten übernommen (Reparationen).

In Paris einigten sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichneten am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen. Bis 1947 wurden Reparat- ionsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

Bei der Ausstellung "Wiedersehen mit Museumsgut" konnten die Berliner Museen am 21. Dezember 1946 lediglich 98 Kunstwerke präsentieren. Später kamen zwar zahlreiche be- schlagnahmte Kunstwerke nach Berlin zurück, aber die Rückgabe der während des Zweiten Weltkrieges geraubten deutschen Kunstgüter wurde nie offiziell geregelt.

Ein Wissenschaftler der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" schrieb einige Jahrzehnte später (x116/155): >>Die Fehlliste in beiden Teilen der Stadt zeigt, daß in vielen Fällen gerade das Einzigartige, Wertvollste und Unersetzliche aus dem Altbestand als vernichtet gilt oder ver- schollen ist.

Sollte der Abschluß eines Friedensvertrages in bisher nicht absehbarer Zeit daran vielleicht etwas ändern können? ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die Plünderungen in West- deutschland (x310/336-337): >>... Als die amerikanische Armee in Deutschland einrückte, befreite sie nicht nur die KZ-Insassen, setzte die Nazi-Oberen ab, verbot die NSDAP, sperrte

Wehrpflichtige und SS-Offiziere in Kriegsgefangenenlager und installierte eine Militärregierung.

Die Amerikaner stellten auch das ganze Land auf den Kopf. Sie durchsuchten Lager, Salzminen, Schlösser, Banken, Bunker, Botschaften, Fabriken Privathäuser, Scheunen, sogar ausgetrocknete Flußbetten und Kanalisationsanlagen. Und sammelten alles ein, was von Wert war: Goldbarren, Goldstaub, Juwelen, Kunstwerke, Bücher.

Vieles davon hatte die SS zuvor den verfolgten Juden gestohlen oder anderswo in den besetzten Ländern geraubt. Hochrangige Nazis wie Hermann Göring oder Reichsminister Alfred Rosenberg hatten ganze Kunstmuseen zusammengeplündert. Mit dem Vormarsch der U.S. Army gelangten nun Schloßmobiliar, Kunstsammlungen und Bibliotheken von unschätzbarem historischem Wert in die Hände der Amerikaner – Kunst allein in der Ausbeute von fünf Milliarden Dollar.

Aber die amerikanische Armee war heillos damit überfordert, diese Beute auch nur zu verwalten. Gegen die Plünderung von Kulturgut, war die Zerstörung des Nationalmuseums in Bagdad harmlos.

Einen Teil der Kriegsbeute gaben die USA zurück, wenn auch nicht an die eigentlichen Besitzer. Aber Gold und Kunst von vielen Milliarden Dollar landeten in den Tresoren von Fort Knox, der Library of Congress in Washington oder in den Museen von New York. Auch das, was einzelne Soldaten oder Offiziere geplündert hatten (illegal, aber geduldet), gelangte nach Amerika. "Die Grenze hing nur davon ab, wie groß der Sack war, den man mitbrachte", stellte der amerikanische Bankier und Historiker Kenneth Alford in seinem Buch "The Spoils of World War II" fest. ...<<

Das US-Kriegsministerium gab am 3. Dezember 1946 bekannt, daß bisher 270 deutsche und österreichische "Geistesarbeiter" in Nordamerika beschäftigt werden. Diese Zahl würde man demnächst auf etwa 1.000 erhöhen (x111/253).

Finanzminister Kraus erklärte im bayerischen Landtag am 22. Januar 1947, daß die bisherigen Besatzungskosten rund 724 Millionen RM betragen und der Zusammenbruch unausweichlich sei, falls sich die Politik der Besatzer nicht grundlegend ändern würde (x111/275-276).

Die Interalliierte Reparationskonferenz legte am 24. April 1947 in Brüssel die jeweiligen Länderanteile an den westdeutschen Reparationslieferungen fest (x111/309-310):

>>Albanien = 0,4 %,  
Belgien = 3,6 %,  
Tschechoslowakei = 3,65 %,  
Frankreich = 19,4 %,  
Indien = 2,45 %,  
Niederlande = 4,75 %,  
Norwegen = 1,6 %,  
Großbritannien = 27,78 %,  
Jugoslawien = 8,1 %,  
Australien = 0,8 %,  
Kanada = 2,5 %,  
Dänemark = 0,3 %,  
Ägypten = 0,1 %,  
Griechenland = 3,5 %,  
Luxemburg = 0,27 %,  
Neuseeland = 0,5 %,  
Südafrika = 0,4 %,  
USA = 19,9 %.<<

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärte am 28. September 1947, die geplanten De-

montagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industrierwerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<

Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichteten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren könnte.

Die US-Zeitschrift "LIFE" schrieb am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtete später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand. Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ...

Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm. Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.

Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) berichtete am 20. Juni 1949 in Gelsenkirchen (x268/213): >>... Deutschland hat schon jetzt mehr Reparationen bezahlt als nach dem Ersten Weltkrieg.<<

In den Jahren 1945-49 mußten die Westdeutschen Besatzungskosten in Höhe von insgesamt 21.289 Millionen RM/DM zahlen (britische Zone: 10.416 Millionen RM/DM, US-Zone: 7.882 Millionen RM/DM und französische Zone: 2.991 Millionen RM/DM). Im gleichen Zeitraum waren in den 3 westdeutschen Besatzungszonen außerdem 2.280 Millionen RM/DM für ausländische Zwangsarbeiter (ehemalige verschleppte "Fremdarbeiter) aufzubringen (x111/79-80).

Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60): >>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik

an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene. ...

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 16. April 1955 über die Rückkehr der letzten "mittel-deutschen Spezialisten": >>Atom-Spezialisten kehren heim

Atomwissenschaftler kehren aus der UdSSR zurück. Es sind die letzten deutschen Experten, die nach dem Krieg als "Menschenreparationen" dorthin verbracht worden waren, darunter der Physiker Manfred von Ardenne.

Zusammen mit Raketentechnikern, Chemikern, Luftfahrt- und Optikspezialisten (über 3.000) mußte er für die Sowjets arbeiten.<<

In ihrer Stellungnahme zur Frage der Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter vertrat die Bundesregierung am 31. Oktober 1986 nach wie vor den Standpunkt, daß es sich hier um zurückgestellte Reparationsforderungen nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27.02.1953 handeln würde (x151/55): >>Bei Forderungen nach Entschädigung von Zwangsarbeit handelt es sich um Reparationsforderungen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>Die deutschen Bäume fallen

**Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an**

Ein Stichwort des Bundeskanzlers weckte im Ausland neue Begehrlichkeiten: Die Diskussion um deutsche Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkriegs ist erneut entbrannt, die Wiedervereinigung kann teuer werden. Denn viele Ansprüche wurden nur bis zu einer endgültigen Friedensregelung zurückgestellt. ...

Moskau entthob die DDR im Sommer 1953 weiterer Verpflichtungen, nachdem es bis dahin Werte von über 66 Milliarden Mark aus seiner Zone gequetscht hatte. Polen folgte und formulierte seinen Reparationsverzicht gleich auf ganz "Deutschland" - was Warschau heute als unverzeihliche Fehlleistung einer nicht souveränen Satelliten-Regierung brandmarkt.

Die Westalliierten schlossen mit der Bundesrepublik im Februar 1953 das sogenannte Londoner Schuldenabkommen, bei dem es Adenauers Unterhändler Hermann Josef Abs gelang, die Forderungen von 19 Gläubigerländern, die zum Teil noch aus der Vorkriegszeit datierten, auf gut 14 Milliarden Mark herunterzuhandeln.

Offiziell hatte die Bundesrepublik bis dahin nach Rechnung der Alliierten etwa drei Milliarden Mark Reparationen bezahlt, nach deutschen Schätzungen hatten Demontage, Zwangsarbeit, Wissenschaftlertransfer und der Raub deutscher Patente einen vielfachen Wert.

Voraussetzung für den Londoner Vertrag, den Bonn als endgültigen Schlußstrich betrachtet, war allerdings ein Wiedergutmachungsabkommen mit Israel über eine Pauschalzahlung von mehr als drei Milliarden Mark für die Eingliederung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Opfer. Dazu kamen individuelle Entschädigungen, Lastenausgleich, Remontage-Zahlungen für Demontage-Geschädigte, Leistungen aus humanitären Erwägungen, die durch all die Jahre bis heute bezahlt wurden und Verpflichtungen noch über das Jahr 2000 hinaus bedeuten.

Insgesamt haben beide Teile Deutschlands bis heute Reparations-, Entschädigungs- und Lastenausgleichsleistungen erbracht, die sich auf weit über 300 Milliarden Mark addieren, wahrlich ein Faß ohne Boden. ...

Schon immer in der Geschichte hatten sich Sieger die Schätze der Besiegten angeeignet. Das erste Wirtschaftswunder des Deutschen Reiches - die Gründerzeit - bezahlten die geschlagenen Franzosen, denen Bismarck 1871 über fünf Milliarden Goldfranc abpreßte und danach höhnte: "Ein so gemäßigter Sieger wie der christliche Deutsche ist in der Welt nicht mehr vorhanden."

Die Franzosen rächten sich 1919 am gleichen Ort, in Versailles. Vor allem auf ihr Drängen wurden den deutschen Weltkriegsverlierern Reparationen auferlegt, die in die Hyperinflation, zur Wirtschaftskrise, zu Hitler und schließlich geradewegs zur furchtbaren Neuauflage des Weltkriegs führten.

Versailles zeigte nicht nur, daß ungezügelter Rachedurst der Sieger zwangsläufig die nächste Katastrophe heraufbeschwört. ...

Als die DDR 1988 erstmals ein moralisches Recht der Juden auf Wiedergutmachung auch seitens des ostdeutschen Staates anerkannte, Erich Honecker dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, einen Orden an die Brust heftete und einen symbolischen Betrag von 100 Millionen Dollar "für Härtefälle" zusagte, öffnete sie damit auch die Tür für neue Forderungen. Die Modrow-Regierung bekannte sich dazu und betonte nochmals ihre "humanitäre Verpflichtung".

Modrow hörte auch höchst interessiert zu, als ihm ein Bremer Original die bislang allerhöchste im Wiedergutmachungskarussell gehandelte Summe vorrechnete: Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Ostdeutschen zusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf 727.165.791.041 Mark. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. Oktober 1995 über griechische Schadenersatzforderungen für die deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg: >>**Athen will Reparationen**

... Bei den ausstehenden Reparationen handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Auf der Pariser Konferenz der Siegermächte wurden die griechischen Forderungen 1946 auf 7,5 Milliarden Dollar festgesetzt. Hinzu kommt die Rückzahlung einer vom Deutschen Reich bei der Bank von Griechenland aufgenommenen Zwangsanleihe von umgerechnet 135,8 Millionen Dollar. Welche Beträge sich daraus heute unter Anrechnung von Zinsen und Wechselkursveränderungen ergeben, ist strittig. Genannt werden Beträge zwischen 25 und 70 Milliarden Mark.

Deutschland verweigert bisher Zahlungen unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen von 1953. Damals wurden die Reparationszahlungen auf die Zeit nach Abschluß eines Friedensvertrages vertagt. Diese Position bekräftigte auch Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Donnerstag vor dem Europäischen Parlament.

In Griechenland interpretiert man jedoch das 1990 geschlossene "2+4-Abkommen" als Frie-

densvertrag und mahnt nun die ausstehenden Reparationen an.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. August 1998: >>**Kohl lehnt Fonds für NS-Zwangsarbeiter ab**

Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt.

Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern der Nazi-Zeit (x169/126-127): >>... Materielle Entschädigung für den Holocaust "ist die größte moralische Prüfung, der sich Europa am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts gegenüber sieht", behauptet Itamar Levin. "Dies wird der wirkliche Prüfstein für den Umgang des Kontinents mit dem jüdischen Volk."

In der Tat machte sich die Holocaust-Industrie, ermutigt durch ihren Erfolg beim Abkassieren der Schweizer, schnell daran, auch das übrige Europa zu "prüfen". Als nächstes kam Deutschland an die Reihe.

Nachdem die Holocaust-Industrie im August 1998 eine Einigung mit der Schweiz erreicht hatte, setzte sie im September die gleiche siegreiche Strategie gegen Deutschland ein. Dieselben drei juristischen Teams (Hausfeld-Weiss, Fagan-Swift und der Weltrat der orthodoxen jüdischen Gemeinden) brachten Sammelklagen gegen die deutsche Privatindustrie ein; sie forderten nicht weniger als 20 Milliarden Dollar Entschädigung.

Der New Yorker Finanzchef Hevesi winkte mit der Drohung eines wirtschaftlichen Boykotts und begann, die Verhandlungen im April 1999 zu "beobachten". ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1999: >>**NS-Opfer rechnen auf**

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 1999: >>**USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter**

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. Dezember 1999: >>**Niemand spricht mehr von "Pennies" und "Almosen"**

Das Ende der Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter unter dem Nazi-Regime wird in Washington erleichtert aufgenommen

... Eizenstat hatte sich wochenlang beharrlich geweigert, eine verbindliche Forderung der amerikanischen Seite auf den Verhandlungstisch zu legen.

Lambsdorff und die deutsche Industrie hatten insgesamt zunächst zwei Milliarden angeboten, dann sechs, schließlich 8 Milliarden. Eizenstat nahm alle diese Vorschläge nahezu kommentarlos zur Kenntnis und überließ es den Rechtsanwälten, die im Namen zumeist osteuropäischer Mandanten auftraten, sich vor den Fernsehkameras zu empören. Die Anwälte sprachen spöttisch von "Pennies" und "Almosen" und drohten mit neuen Schadenersatzklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichten. Zwei einflußreiche Mitglieder des US-

Senats brachten prompt einen Gesetzentwurf ein, der solchen Klagen den Weg ebnen sollte. ... Die israelische Regierung sprach von einer Verzögerungstaktik der Anwälte und deren Erwartung, einen beachtlichen Anteil des Fondsvermögens persönlich einzustreichen. Den entscheidenden Anstoß für die Einigung brachte ein Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und US-Präsident Bill Clinton. Beide Politiker sorgten sich, daß ein Scheitern der Verhandlungen die amerikanisch-deutschen Beziehungen belasten könnte. Clinton wies Eizenstat an, zum Ende zu kommen. Der Unterhändler brachte in zahllosen Telefonaten alle Beteiligten auf der Seite der Opfer dazu, eine Summe von 10 Milliarden Mark im Kern zu akzeptieren. ...

Clinton sprach von einem "außerordentlichen Erfolg, der den Opfern des schrecklichsten Verbrechens dieses Jahrhunderts ein Maß an zusätzlicher materieller und moralischer Gerechtigkeit bringen wird".

Der Präsident vergaß auch nicht zu erwähnen, daß die Bundesrepublik bereits mehr als 60 Milliarden Dollar zur Entschädigung von Naziopfern aufgebracht habe. Das war in den USA zu Beginn der Verhandlungen oft übersehen worden. Eizenstat wiederum wies darauf hin, daß die Mehrzahl der zu Entschädigenden in Osteuropa leben und keine Juden sind.

Im beginnenden Präsidentschaftswahlkampf kann Vizepräsident Al Gore nun vor Amerikanern polnischer Abstammung darauf hinweisen, daß die amtierende Regierung dafür gesorgt habe, daß polnische Opfer des Naziregimes eine persönliche Entschädigung erhalten. ... Die Übereinkunft sei "das Beste, was in der verbleibenden Zeit herauszuholen war".<<

Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über diese Feilscherei um die Entschädigung für Zwangsarbeiter (x169/I-II): >>... Obwohl die Amerikaner nur allzu bereit sind, die nationale Selbstabrechnung Deutschlands zu überwachen, sind sie weder gewillt noch imstande, selbst eine vergleichbare Verantwortung zu entwickeln.

In ihrer Rede zum Abschluß der Verhandlungen mit Deutschland über die Zwangsarbeiter erklärte Madeleine Albright, es liege "im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten, Schritte hinsichtlich der Folgen der Nazizeit zu unternehmen, die Welt über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte zu unterrichten, die Lektionen daraus zu lernen und sich darum zu bemühen, daß so etwas nie wieder geschieht."

Nun läge es in der Tat auch "im außenpolitischen Interesse" des größten Teils der Menschheit, daß die Vereinigten Staaten die "dunklen Kapitel" ihrer Vergangenheit untersuchten. Während die Deutschen sich täglich mit ihren historischen Verbrechen auseinandersetzen, müssen die Amerikaner den Großteil ihrer eigenen überhaupt erst noch zur Kenntnis nehmen. In der Debatte des amerikanischen Mainstream über Vietnam lautet die einzige Frage, wann die Vietnamesen wohl anerkennen, was sie uns angetan haben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 1999: >>**Entschädigung ist besiegelt - Rau bittet Opfer um Vergebung**

... Bundespräsident Johannes Rau bat die Opfer um Vergebung: "Ihre Leiden werden wir nicht vergessen." ...

Vor mehr als 100 Verhandlungsteilnehmern gab Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals offiziell die deutsche Entschädigungssumme von 10 Milliarden Mark bekannt, die jeweils zur Hälfte vom Staat und von der Wirtschaft aufgebracht werden soll. Den hochbetagten NS-Opfern werde ermöglicht, am Ende ihres Lebens Genugtuung zu erfahren, sagte Schröder. Er bezeichnete die Entschädigung als "kleinen Beitrag" zur Milderung des Leides von einst. ...

Der amerikanische Unterhändler Stuart Eizenstat versicherte im Gegenzug zur Entschädigungsverpflichtung werde seine Regierung dafür sorgen, daß alle in den USA anhängigen Gerichtsverfahren gegen deutsche Firmen eingestellt würden.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juli 2000: >>**Deutsche als**

## **Zwangsarbeiter**

Der Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz (CDU), hat die Bundesregierung aufgerufen, die deutschen Zwangsarbeiter bei den Entschädigungen nicht zu vergessen. Auch sie erwarteten zu Recht ein sichtbares Zeichen, erklärte Merz in der Bremerhavener "Nordsee-Zeitung". Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehrere hunderttausend Deutsche in der Sowjetunion, in Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter eingesetzt.<<

**Schlußbemerkungen:** Im Vergleich zu den westdeutschen Besatzungszonen waren die ost- und mitteldeutschen Reparationsleistungen wesentlich höher. Sämtliche transportablen Güter und Ausstattungen wurden sofort als Kriegsbeute in die UdSSR transportiert. Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schufteten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in Mitteldeutschland von 1945 bis 1953 (x009/368): >>... Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergibt das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete damals, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden RM.

Am 10. September 1952 unterzeichneten die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 22.08.1991): >>>**Noch 35 Milliarden DM für NS-Wiedergutmachung**

Für weitere Wiedergutmachungen für Opfer des NS-Regimes rechnet die Bundesregierung mit noch etwa 35 Milliarden Mark an Leistungen, die bis zum endgültigen Auslaufen der Entschädigung etwa im Jahr 2030 zu zahlen sein werden. ...

Bis Ende 1990 hatte der Staat insgesamt 86,4 Milliarden Mark für die Wiedergutmachung aufgewandt. Dabei waren die Rentenleistungen von 67,9 Milliarden Mark je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen worden. ...<<

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg. In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante

Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position gegen das Londoner Schuldenabkommen. Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten". ...

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern". ...<<

Nach internationalen Berechnungen, die im Jahre 1974 erstellt wurden, erlitten die Vertriebenen aus den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas einen **Gesamtvermögensschaden von 654,9 Milliarden DM** (x063/618).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Vermögensverluste der Vertriebenen in den deutschen Siedlungsgebieten Ost-Mitteleuropas (x268/213-214): >>>So unvorstellbar groß die Reparationen im Osten und Westen auch waren, sie sind doch nichts gegenüber dem gigantischen Raubzug, der mit Völkervertreibung und Völkermord in Ostdeutschland und Osteuropa einherging.

18 Millionen einheimische plus 2 Millionen während des Kriegs zugezogene Deutsche wurden gänzlich enteignet. Dieser Personenkreis entspricht der seinerzeitigen Bevölkerungszahl der Republiken Finnland, Irland und Island sowie der Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen zusammengenommen.

Was Generationen in 600 oder gar 800 Jahren fleißiger Arbeit den Urwäldern abgerungen und aufgebaut hatten, wurde mit einem Federstrich enteignet: Häuser und blühende Industrien, Schlösser und Kirchen, Felder und Wälder, Straßen und Bodenschätze, Valuten und Devisen, gewerbliche Urheberrechte (wie zum Beispiel das Rezept des Karlsbader Becherbitters) etc. Dieser Billionenraub ist in der Geschichte Europas ohne Beispiel. ...

Wie zum Hohn für die überlebenden Ostdeutschen werden – von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet – immer wieder wertvolle Kulturgüter an die Vertreiberstaaten übergeben ...

Ermuntert durch solche Spendierlaunen verlangt Polen unter dem Stichwort "Lokalisierung" weitere Kulturgüter, die den ostdeutschen Vertreibungsgebieten entstanden sind, zum Beispiel Urkunden des Deutschen Rittordens. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1990) berichtete am 12. März 1990 über die deutschen Reparationen für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >> **Die deutschen Bäume fallen**

### **Die Einigung Deutschlands facht die Diskussion um Reparationen wieder an**

... Professor Arno Peters hat auf die Mark genau ausgetüftelt, was die Bundesrepublik der DDR samt Zins und Zinseszins schulde, weil die Ostdeutschen (Mitteldeutschen) sozusagen für die Westdeutschen Reparationen mitbezahlt haben: Er kam auf **727.165.791.041 Mark**.  
...<<

**Völkerrechtliche Konsequenzen:** Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>... Fünftes Kapitel: Waffenstillstand

... Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet

Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.

Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze. ...

Artikel 46 Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet werden. Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Artikel 47 Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt. ...

Artikel 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten und sie nach den Regeln des Nießbrauchs verwalten.

Artikel 56 Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. Jede Beschlagnahme, jede absichtliche Zerstörung oder Beschädigung von derartigen Anlagen, von geschichtlichen Denkmälern oder von Werken der Kunst und Wissenschaft ist untersagt und soll geahndet werden.<<

Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.

Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".

Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) juristisch zu untersuchen und zu ahnden.

Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribu-

nale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung hatte privates Eigentum während des Landkrieges unberührt zu bleiben. Das Verbot galt auch noch nach der bedingungslosen Kapitulation vom 8. Mai 1945, da mit der Einstellung der Feindseligkeiten nicht der Kriegszustand im rechtstechnischen Sinne beendet war (x151/24).

Das von den Ost- und Volksdeutschen zurückgelassene Eigentum befindet sich gemäß Völkerrecht weiterhin im Eigentum der zwangsweise Enteigneten, denn Staaten haften für das Handeln ihrer Organe und haben den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen. Das enteignete Eigentum ist grundsätzlich zurückzugeben. Falls dies nicht möglich ist, muß ein Ausgleich geleistet werden (x151/41).

Die Massenvertreibungen der Ost- und Volksdeutschen aus Ost-Mitteleuropa verursachten Not, Elend und Tod von Millionen Deutschen und verstießen zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht (u.a. "Verbrechen gegen die Menschlichkeit").

Da Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind die alliierten Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.